

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 1

Artikel: Frankreich und die Politik des Friedens
Autor: Duhamel, Maurice
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157196>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frankreich und die Politik des Friedens.

Von Maurice Duhamel, Paris.*)

Nach den Reden der französischen Staatsmänner ist kein Land friedlicher als Frankreich, wünscht kein Land lebhafter die Zusammenarbeit der Völker und die Abrüstung. In Frankreich sind die beredtesten Plaidoyers zugunsten eines organisierten Friedens gehalten worden. Briand hat den Gedanken eines Vertrages für den „Verzicht auf den Krieg“, dann denjenigen einer „europäischen Staatenvereinigung“ in die Welt geworfen. Selbst Poincaré findet begeisterte Töne, um den Krieg zu brandmarken.

Aber wenn wir nicht nur die Worte, sondern die Taten prüfen, müssen wir feststellen, daß Frankreich sehr weit von der Umsetzung des von ihm bei jeder Gelegenheit verkündeten Ideals in die Wirklichkeit entfernt ist. Weder seine Land-, See- und Luftrüstung, noch die Verteilung der Einnahmen seines Staatshaushaltes, noch seine Diplomatie, noch die Richtlinien, die es seinen Vertretern auf den internationalen Konferenzen gibt, stimmen mit den Grundätzen überein, die seine Wortträger verkünden.

Woraus entspringt dieser Gegensatz zwischen den Reden und den Taten? Oder vielmehr, was verbirgt sich in Wirklichkeit hinter diesem Widerspruch? Welches ist der geheime Gedanke dieser Männer, die seit dem Kriege die französische Politik leiten? Das wollen wir klarzulegen versuchen.

I.

Frankreich behauptet durch das Organ seiner Minister, daß es „entschlossen den Weg der Abrüstung begeht“. Die einfachste Art zur Nachprüfung dieser Behauptung scheint ein Vergleich seiner Bestände, Waffen und Heeresausgaben, die es vor 1913 gehabt hat, mit seinen gegenwärtigen Beständen, Waffen und Ausgaben. Leider ist das nicht sehr leicht. Vor 1914 genügte es beispielsweise, die beiden Haushalte des Krieges und der Marine nachzuschlagen, um zu wissen, wie viel Mann Frankreich unter den Fahnen stehen hatte. Heute fällt auf diese beiden Haushalte nur ein Teil der Heeresausgaben. Der Mannschaftsbestand der Luftwaffe gehört zum Luftministerium, die Kolonial- und Eingeborenentruppen zu demjenigen der Kolonien. Die Polizei und die Garde Mobile — eigentliche „Rader“-Reserven für die Kriegszeit — hängen vom Ministerium des Innern ab. Und die Spezialtruppen leben vom Haushalt des Auswärtigen (Rheinarmee), der Landwirtschaft (Zucht der Kavalleriepferde), des Handels sogar (die mit der Entgegennahme und Überprüfung des Materials beauftragten Offiziere).

Diese Zerstreuung hat den offensichtlichen Zweck, die Wirklichkeit der militärischen Kräfte zu verschleiern und dem Generalstab zu ermög-

*) Die Übersetzung ins Deutsche wurde vom Schriftleiter besorgt.

lichen, je nachdem sehr verschiedene und kaum nachprüfbare Zahlen zu liefern, was im letzten Jahr den Abgeordneten Montigny veranlaßte, unter dem Gelächter der Kammer auszurufen:

„Die Engländer sagen, es gebe drei Größengrade der Lüge: die einfache Lüge, den Meineid und die Statistik. Ich glaube, daß man heute einen vierten hinzufügen muß: die Heeresstatistik.“

Wenn man die in der Kammer bei Anlaß des Kriegshaushaltes gehaltenen Reden durchgeht, kann man feststellen, daß die durch die verschiedenen Redner angegebenen Bestände zwischen 450,000 und 700,000 Mann schwanken, was sagen will, daß über das Bestehen eines Drittels der französischen Armee Zweifel herrschen! Wobei das Bemerkenswerteste ist, daß diese so verschiedenen Zahlen alle aus den offiziellen Berichten geschöpft sind...

Minister und Berichterstatter selbst scheinen nicht genau zu wissen, an was sie sich zu halten haben. Letztes Jahr erklärte in einer im Senat gehaltenen Rede („Journal Officiel“ vom 10. März 1929) Minister Painlevé, daß die Armee 70,000 Berufsmilitärs besitze, während in einem Bericht an den Präsidenten der Republik derselbe Minister die Zahl von 78,000 angab, was einen Unterschied von 10 v. H. ausmacht. Dieses Jahr erklärt der Berichterstatter sogar, daß die französische Armee 476,930 Mann zählt (Bericht des Kriegsvoranschlags für 1930, Seite 35), während der Minister nur 440,419 zählt („Journal Officiel“ vom 2. Dezember 1929, Seite 4235).

Die gleiche gewollte Verwirrung herrscht für die Bestände der Marine.

Es gibt 80 Admiräle für etwa zwanzig Schiffe mit Hochdeck, sagte ein Interpellant während der Verhandlung des vorangehenden Voranschlags.

Verzeihen Sie, antwortete der Marineminister, es gibt deren nur zwölf.

Nein, es sind 36, erwiderte der Berichterstatter des Budgets.

Schließlich mußte der Minister zugeben, daß es doch 36 seien, zu denen noch eine unbestimmte Zahl von „Zugewandten“ hinzukämen, die das Gehalt und den Grad von Admirälen hätten, ohne deren Titel zu besitzen.

* * *

Die französische Armee umfaßt also gegenwärtig in runden Zahlen 440,500 Mann nach dem Kriegsminister, und 477,000 nach dem Budgetberichterstatter. General Théveney gibt in der „France Militaire“ vom 28. November 1929 eine dritte Zahl, die um so mehr Beachtung verdient, als dieses Blatt als offizielles Organ des Generalstabs bekannt ist, und als General Théveney außerdem Einzelheiten für seine Schätzung anführt. Es sind die folgenden:

Einberufene Bürger (jährliches Kontingent)	240,000 Mann,
Berufssoldaten (angeworbene Soldaten und Unteroffiziere)	106,000 „
Eingeborenentruppen aus Nordafrika	94,000 „
Koloniale (Annamiten, Schwarze Truppen)	84,000 „
zusammen	524,000 Mann.

Damit befinden wir uns schon weit entfernt von den 440,000 Mann des Ministers! Aber das ist nicht alles. General Théveney hat weder der Offiziere, noch der Garde Mobile und der Polizei Rechnung getragen — einer wahrhaftigen französischen „Reichswehr“, deren wesentliche Rolle im Kriegsfalle wir oben genannt haben —, noch der afrikanischen Irregulären, noch des Flugwesenpersonals, noch der Fremdenlegion und der Syrischen Legion, noch der Militäragenten und Zivilbeamten der Armee, die die vorher von Soldaten eingenommenen Stellen innehaben und die ganz offensichtlich dem militärischen Apparat Frankreichs zugezählt werden müssen.

Ein Abgeordneter der äußersten Linken hat sich die Mühe genommen, die Einzelheiten dieser Sondertruppen in den verschiedenen Budgets, in denen sie sorgfältig verborgen waren, zu suchen. Folgende sind die im „Journal Officiel“ vom 2. Dezember letzten Jahres wiedergegebenen Zahlen:

Algerische und marokkanische Irreguläre	13,000 Mann,
Luftschiffahrt	30,000 „
Fremdenlegion	17,500 „
Syrische Legion	13,500 „
Garde Mobile und Polizei	36,000 „
Offiziere	30,000 „
Militäragenten und Angestellte	45,000 „
zusammen	185,000 Mann.

Wenn man zu diesen 185,000 „Versteckten“ die von der „France Militaire“ angegebenen 524,000 Mann hinzuzählt, erhält man die eindrucksvolle Summe von 709,000 Mann, von denen 240,000 auf Grund der obligatorischen Wehrpflicht einberufene Bürger und 469,000 Berufssoldaten und eingeborene Kolonialtruppen sind (Berufsarmee).

Am 1. Februar 1913 zählte die französische Armee mit der dreijährigen Dienstzeit 558,000 Mann, von denen 438,000 einberufene und 120,000 Berufssoldaten waren.

Mit der einjährigen Dienstzeit hat Frankreich die Zahl der Einberufenen also um 198,000 Mann vermindert. Aber es hat gleichzeitig seine Berufsarmee um 349,000 Einheiten vermehrt.

Insgesamt stellt sich die französische „Abrüstung“ als eine Vermehrung der Bestände um 151,000 Mann dar.

Eine Untersuchung der Militärausgaben wirkt nicht weniger überzeugend. Aber deren Gesamtbetrag ist noch schwieriger zu ermitteln, als die Höhe der Bestände, so sehr ist er auf die unerwartetsten Ministerien (Arbeit, Handel, Landwirtschaft, Öffentliche Arbeiten, u. s. w.) verteilt. Übrigens ist es zulässig, den Ausgabeposten einen harmlosen Anschein zu geben, was die Budgetredaktoren auch reichlich getan haben. Verschiedene Abgeordnete der Linken haben sich aber nicht geschämt, in diesem Dickicht auf Abenteuer auszugehen, um festzustellen, ob die „Nationale Verteidigung“ wirklich nur die 6 Milliarden kostete, wie der Berichterstatter unschuldig angab. Herr Daladier, der Führer der radikalen Partei, hat dabei mehr als 12 Milliarden 400 Millionen Ausgaben für den Land-, See- oder Luftkrieg errechnet, von denen der größte Teil sorgfältig verschleiert war. Er ist trotzdem wesentlich unter der Wirklichkeit geblieben.

Um die Militärausgaben Frankreichs zu kennen, genügt es in der Tat nicht, die Haushalte des Krieges, der Marine, der Luft, der Truppen überm Meer (Nordafrika) u. s. w. zu untersuchen. Es genügt nicht einmal, die Militärf Kredite der Kolonien, der Garde Mobile und der Polizei (Inneres), diejenigen der Truppen in den besetzten Gebieten (Auswärtiges) hinzuzufügen. Man muß auch im Haushalt der Öffentlichen Arbeiten die Kredite für die strategischen Eisenbahnen, in demjenigen der Arbeit die militärischen Geldbewilligungen, in demjenigen der Landwirtschaft die Ausgaben für die Kavalleriepferdezucht u. s. w. u. s. w. entdecken. Mehr als 2 Milliarden Ausgaben sind so in verschiedenen Posten des Finanzgesetzes enthalten. Herr Béron, der sie geduldig aufgespürt hat, kommt zu einer Gesamtsumme von 15 Milliarden 134 Millionen Franken. Und da der Minister, indem er die Genauigkeit der Zahlen bestritt, sich hütete, den Schatten eines Beweises, eines Dokumentes oder einer Widerlegung zu bringen, sind wir genötigt, sie für richtig zu halten.

Die Militärausgaben betragen 1913 1510 Millionen Goldfranken. 1930 erreichen sie 3026 Millionen Goldfranken.

Im Haushalt zeigt sich die französische „Abrüstung“ als Verdoppelung der Ausgaben.

* * *

Zu was dieses riesige Budget — das genau den Drittel des Gesamthaushalts Frankreichs ausmacht — dient, zeigt die folgende Aufstellung. Es handelt sich um den Vergleich der Bewaffnung einer Infanteriedivision von 1914 und von 1930.

	1914	1930
Mannschaftsbestände	18,000	15,000
Maschinengewehre	24	113
Leichte Maschinengewehre	0	377
Begleitgeschütze	0	12
Geschütze von 75	36	72
Geschütze von 150	0	38

	1914	1930
Geschütze von 120	0	36
Kampfwagen	0	20
Flugzeuge	0	30

Die Bewaffnung einer Kavalleriedivision gibt Anlaß zu folgenden entsprechenden Vergleichen:

	1914	1930
Geschütze von 75	12	24
Geschütze von 37	0	36
Maschinengewehre	0	134
Leichte Maschinengewehre	0	315
Auto-Maschinengewehre	0	24

Auf dem Gebiet des Materials gibt sich die französische „Abrüstung“ als eindruckliche Vermehrung der Kampfmittel kund.

* * *

Aber Frankreich begnügt sich nicht mit der Verstärkung seiner Rüstungen. Seine ganze Diplomatie gehorcht militärischen Vorstellungen, wie die Bündnisse, die sie seit dem Krieg abgeschlossen hat und die Haltung ihrer Vertreter in den großen internationalen Aussprachen zeigen.

Frankreich hat zuerst das Beispiel jener Sonderverträge gegeben, die der Völkerbund abschaffen sollte, dieser Machtgruppierungen, die vor dem Krieg eine dauernde Bedrohung für das unbeständige „europäische Gleichgewicht“ bildeten. Wir haben nacheinander den französisch-polnischen Vertrag, den französisch-jugoslawischen Vertrag, den französisch-belgischen Geheimvertrag (von dem der flämische Abgeordnete Ward Hermans eine in der Form ungenaue, aber im Inhalt wahre Abschrift an die Öffentlichkeit brachte), das unglückliche französisch-englische Flottenabkommen erscheinen sehen. Kein kommerzieller oder kultureller Grund für diese Abkommen, sondern rein militärische Beweggründe, wie es die Missionen von Spezialoffizieren mit aller Deutlichkeit beweisen, die Frankreich bei seinen Vasallen der Kleinen Entente unterhält, und die Lieferungen, die es ihnen an Kriegsmaterial, an Flugzeugen, Tanks und Unterseebooten macht. Frankreich bildet augenblicklich nicht nur die größte Militärmacht der Welt. Es erscheint auch als Haupt und Führer der Staaten, die nur auf die Gewalt der Waffen abstellen, um die für sie durch die Verträge von 1919 geschaffene Lage aufrecht zu erhalten und zu verbessern.

Der tief wurzelnde Militarismus seiner Lenker zeigt sich noch deutlicher auf den internationalen Konferenzen.

Wir wissen im Augenblick, wo wir diese Zahlen schreiben, nicht, durch was für einen mehr oder weniger geschickten Kompromiß der unvermeidliche Mißerfolg der Londoner Seekonferenz verschleiert werden wird. Aber was man schon jetzt ohne Unvorsichtigkeit feststellen kann, das ist, daß dieser Mißerfolg zum größten Teil das Werk Frankreichs ist,

das nicht nur seine gegenwärtige und im Bau befindliche Tonnenzahl nicht vermindern und auf den Bau von Schiffen, die vom Parlament genehmigt und erst im Zustand der Planung sind, nicht verzichten will, sondern das auch seine Flotte zu vermehren beabsichtigt, von heute bis 1933 um 120,000 Tonnen, was eine Vermehrung von rund 250,000 Tonnen über den Tonnengehalt seiner jetzt in Dienst befindlichen Schiffe bedeutet!

Was die Landabrüstung anbetrifft, so weiß man, daß sie bisher unmöglich gewesen ist infolge des unüberwindlichen Festhaltens der französischen Vertreter am Grundsatz der „ausgebildeten Reserven“, des obligatorischen Militärdienstes für alle Bürger, der von ihnen als demokratischer hingestellt wird als die kleinen Berufsheere. In was „demokratischer“? Man hat sich nie die Mühe genommen, es uns zu sagen. Es käme niemandem in den Sinn, die jungen Leute zu nötigen, einen einjährigen Dienst bei der Polizei zu tun, und man ist einverstanden, daß die innere Ordnung von Berufsleuten verteidigt wird. Könnte die Bewachung der Grenzen nicht durch das gleiche Mittel gesichert werden? Aber das ist gleich! Der „für alle gleiche“ Militärdienst bildet einen Teil der Mystik des Regimes, genau wie die „eine und unteilbare Republik“...

Wie mächtig solche Vorstellungen bei einem Volk wie dem französischen auch seien — das um so mehr von dem Begriff der Freiheit begeistert ist, je weniger es ihn in seinem täglichen Leben verwirklicht sieht —, es gibt trotzdem Geister, die sich ihrem Einfluß entziehen. So lesen wir in der „Voix“, in der wichtigen politischen Halbmonatsschrift radikaler Färbung, deren Leiter ein Sohn des Senators Henry de Jouvenel ist, diese kennzeichnenden Zeilen:

„Ohne den Widerstand Frankreichs, das am System des obligatorischen Militärdienstes festhält, wären die hauptsächlichsten Weltmächte längst übereingekommen, den Militärdienst zu unterdrücken und die Mannschaftszahl der Berufsheere zu beschränken“ (La Voix, 26. Januar 1930).

Die weitsichtigen Franzosen beginnen sich Rechenschaft abzulegen, daß Frankreich heute das einzige Hindernis für ein friedliches Zusammenleben der Völker und für die Abrüstung ist.

II.

Man kann über diese andauernde Politik des französischen Staates überrascht sein, wenn man sich erinnert, daß seine Minister den Art. 8 des Völkerbundes unterzeichneten, der die vertragschließenden Staaten verpflichtet, ihre Rüstungen auf das mit ihrer Sicherheit verträgliche Maß zu vermindern.

Muß man also annehmen, die französische Sicherheit sei durch Deutschland bedroht? Briand hat es in seiner berühmten Rede in Genf vom letzten September beinahe gesagt; aber ohne Zweifel fehlte es ihm an ernsthaften Beweisgründen. Denn schließlich, wenn ein Land wie

Frankreich nur um sich zu verteidigen eine Armee von 710,000 Mann braucht, dann ist Deutschland mit seinen 100,000 Soldaten nicht gefährlich. Wenn es dagegen für einen über Handelsflugzeuge und chemische Fabriken verfügenden Staat genügt, 100,000 ausgebildete Soldaten zu haben, um seine Nachbarn zu überfallen, dann fragt man sich, warum Frankreich zögert, seine gewaltigen Truppen zu entlassen und sie durch eine Nachahmung der deutschen Reichswehr zu ersetzen.

Die Wahrheit liegt anderswo und die militärische Politik Frankreichs hat zwei Ursachen.

Die erste beruht auf dem Einfluß, den die Großindustriellen der Metallindustrie, besonders des Grubenkomitees mit seinem parlamentarischen Wortführer, dem lothringischen Abgeordneten de Wendel, auf die Kammern und die Regierung ausüben. Die Abrüstung bedeutete das Ende der Bestellungen auf Geschütze, Kampfwagen, Schuttschilden. Sie bedeutete die dauernde Vertagung des Planes einer Transsaharabahn, deren einziger Zweck es wäre, die schwarzen Truppen Westafrikas nach den Einschiffungsplätzen des Mittelmeeres zu führen, und deren Ausföhrung für die interessierten Industriellen eine „Angelegenheit“ von 20 Milliarden Franken darstellt. Poincaré war ihr Mann. Tardieu ist es vielleicht noch mehr. Sie haben ihn zu zwei Malen gewissermaßen der öffentlichen Meinung aufgezwungen, indem sie ihm mit Hilfe der von ihnen überwachten großen Presse eine plöbliche und gewaltige Volkstümllichkeit verschafften. Mit Tardieu an der Macht können sie sicher sein, daß ihre Bestellungen gut ausgefüllt sein werden ... und die Abrüstung kann warten.

Aber neben diesen geheimen Einflüssen ist es die Art der kolonialen Frage, die Frankreichs Ablehnung der Abrüstung wesentlich bestimmt. Wir haben schon an anderer Stelle Gelegenheit genommen, diese Lage zu schildern. Es ist notwendig, darauf zurückzukommen und dabei zu verweilen, weil die Kolonialpolitik Frankreichs den Schlüssel zu seiner Außenpolitik und Militärpolitik darstellt.

Frankreich besitzt das erste Kolonialreich der Welt nach England: 21 mal seine eigene Oberfläche, 60 Millionen Einwohner. Diese weiten Gebiete sind ihm unentbehrlich, weil sie dank der Zollgrenzen, mit denen es sie umgeben hat, einen idealen und sichern Absatzmarkt für seine träge Industrie bilden, die seit langer Zeit unfähig ist, die Weltkonkurrenz dort auszuhalten, wo das Spiel des Wettbewerbs nicht durch Vorzugstarife verfälscht wird.

Die Neugliederung Europas, die die allgemeine Abrüstung fordert, wäre aber ohne Zweifel von einer Neueinrichtung der Kolonialherrschaft der Staaten begleitet. Eine Vereinigung ist nur auf der Gleichheit denkbar.

An dem Tag, an dem die Nationen sich zusammenfinden, um ihr gegenseitiges Verhältnis zu ordnen und ihre Beziehungen nicht mehr nach Gesetzen der Gewalt, sondern der Vernunft festzulegen, könnte Frankreich offenbar nicht mehr die ausschließliche Nutznießung dieses Reiches behalten. Es schiene schwer zulässig, daß ein Staat, der hinsicht-

lich seiner Bevölkerungszahl in Europa vom ersten in den fünften Rang gekommen ist, und vom zweiten in den sechsten betreffs seiner Handelsflotte, dessen Geburtenrückgang zunimmt, dessen Produktion dem Welt-rhythmus nicht mehr zu folgen vermag, weiterhin ein gewaltiges Gebiet allein inne hätte, das ernsthaft auszuwerten seine Menschen- und Geldarmut ihm nicht einmal erlaubt — während Italien mit ständig wachsender Bevölkerung nur über magere Strecken von der afrikanischen Sonne verbrannten Sandes verfügt, und Deutschland, von 60 Millionen Menschen bevölkert und in vollem industriellen Aufschwung begriffen, nicht einen einzigen überseeischen Absatzmarkt zu eigen besitzt.

Es sollte eine Lösung gefunden werden, die vielleicht in der allgemeinen Internationalisierung der afrikanischen, asiatischen und ozeanischen Kolonien unter der Oberaufsicht des Völkerbundes bestünde, mit einem Regime der offenen Türe, d. h. der Zollgleichheit im Gefolge. Das bedeutete den freien Wettbewerb in den Kolonien und anderswo und für Frankreich die Abschaffung dieses „gehüteten Jagdgebietes“, dessen, wie es scheint, seine Industrie augenblicklich nicht entbehren kann.

Um einer solchen Möglichkeit zu entgehen, verfolgt Frankreich in Europa eine Politik der Vorherrschaft und des Imperialismus; liefert es den Staaten der Kleinen Entente Waffen und Munition, deren Unterstützung ihm in künftigen Streitfällen unentbehrlich ist und deren gewalttätige Ungleichungspolitik gegenüber ihren andersartigen Bevölkerungen es aus diesem Grunde begünstigt; lehrt es allen „europäischen“ Lösungen der gegenwärtigen Fragen trotz seines Wort-Pazifismus den Rücken; weigert es sich schließlich, abzurüsten, solange ihm das, was es „Sicherheit“ nennt, nicht durch förmliche Verträge gewährleistet worden ist.

Denn man muß wissen, was Frankreich unter seiner „Sicherheit“ versteht. Es ist nicht nur die Gewißheit, daß es nicht Gefahr läuft, der Gegenstand eines äußeren Angriffes zu sein. In dieser Hinsicht gibt ihm der Vertrag von Locarno jede Beruhigung. Es ist vor allem die Gewißheit, daß nichts den bestehenden Zustand in Europa ändert, daß es die bevorrechtete Stellung behalten wird, die es augenblicklich in der Welt einnimmt, und die weder durch seine Bevölkerungskurve, noch durch seine verlangsamte Tatkraft, noch durch seinen kulturellen Stillstand gerechtfertigt ist.

Infolge seiner unhaltbaren Ansprüche, infolge dieser Ansprüche eines alten Reiches, der nicht herunterkommen will, zwingt Frankreich die Welt zu einem „bewaffneten Frieden“, der eine Herausforderung an die moderne Zivilisation darstellt — unterstützt durch kleine und mittlere Staaten, denen die Verträge von 1919 eine mit ihrer wirklichen Bedeutung in Widerspruch stehende Stellung verliehen haben und zu deren Aufrechterhaltung sie auch nur auf die Gewalt abstellen. Die französischen Rüstungen sind eine eigentliche Erpressung gegenüber der Welt, um diese durch Ermüdung dahin zu bringen, Frankreich die übertriebenen Sicherheiten zu verschaffen, die es verlangt.

Bleibt noch die Frage, ob das französische Volk noch lange drei Viertel der Einnahmen seines Staatshaushaltes opfern will, um die

Schulden des letzten Krieges zu tilgen und die kommenden Kriege vorzubereiten.*) Gewiß ist es üblich, seit Napoleon die Militärausgaben als einen normalen Teil der Gesamtausgaben eines Staates zu betrachten. Es ist aber immerhin möglich, daß die Ungeheuerlichkeit der Opfer, die man jetzt von ihm verlangt, es zu heilsamen Überlegungen führen wird.

Bleibt ferner die Frage, ob Frankreich weiterhin das „Menschenmaterial“ finden wird, dessen es bedarf. Sein andauernder Geburtenrückgang nötigt es, in seine „Nationalarmee“ annähernd 200,000 Eingeborene seiner Kolonien einzureihen, von denen sich die einen in der Armee des Mutterlandes, die andern unter den Sondertruppen befinden und die folgende Herkunft aufweisen:

Nordafrika	104,000 Mann,
Westafrika	48,000 „
Indochina	30,270 „
Madagaskar	11,350 „

Diese Eingeborenen, die nicht französische Bürger und keines der mit diesem Titel verbundenen Rechtes teilhaftig sind, werden von Frankreich zu drei Jahren Militärdienst gezwungen, um, nach einem Ausspruch des Abgeordneten Georges Rouelle, „den heutigen Unterdrücker gegen den möglichen Unterdrücker von morgen“ zu verteidigen.

Braucht man das Beispiel Roms anzurufen, um zu wissen, was mit den Weltreichen geschieht, die genötigt sind, zu ihrer Verteidigung Völker aufzurufen, die sie unterworfen haben? In jüngerer Zeit der Massenauszug der Schwarzen Französisch-Afrikas nach dem belgischen Kongo und dem englischen Nigeria, im letzten Jahr der Aufstand von Grande-Foret und allerneuestens die Rebellion von Tonking zeigen zur Genüge, daß dem französischen Militarismus von dieser Seite schwere und gefährvolle Rechnungsfehler begegnen könnten.

Thule.

Von Martin Rind.

Norland feiert dieses Jahr das Fest seiner tausendjährigen Verfassung. Als Harald Schönhaar das Kleinkönigtum in Norwegen beseitigt, das Reich nach harten Kämpfen geeinigt und es in einen Lehensstaat im Sinne Karls des Großen umgewandelt hatte, da wanderten allmählich diejenigen Großbauern und Kleinfürsten, welche den Untergang der alt-

*) Von 100 Franken Steuern, die ein französischer Steuerpflichtiger zahlt, gehen 75 Franken in öffentlicher Kriegsschuld, Kriegspensionen und Militärausgaben auf. Es ist also logisch, diese beiden Posten, die das Budget der vergangenen und künftigen Kriege Frankreichs darstellen, zusammenzufassen.